

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Bildungsoffensive starten - sofort handeln - Bildungsnotstand verhindern

Der Landtag stellt fest:

Aus der am 20. Oktober 2022 vom Bildungsministerium präsentierten aktuellen Lehrermo-
dellrechnung wurde mehr als deutlich, dass das Land Brandenburg über viele Jahre, wie
auch andere Bundesländer, ein massives Fachkräfteproblem im Bildungsbereich zu bewäl-
tigen hat. Diese Erkenntnis ist nicht neu, wird aber durch die aktuellen Bedingungen im
Bildungssystem noch verstärkt. Gestiegene Schülerinnen- und Schülerzahlen, Zuzug aus
Berlin, die stetig wachsende Aufnahme und Beschulung geflüchteter Kinder sowie die wach-
sende Teilzeitquote von Lehrkräften führen zu einem langfristigen Einstellungsbedarf bis
2035/36 von ca. 1 400 Lehrkräften pro Jahr, wobei der Bedarf für die kommenden Schul-
jahre noch höher liegt.

Gleichzeitig wurde durch die Präsentation der Universität Potsdam im Bildungsausschuss
deutlich, dass die grundständige Lehrkräfteausbildung, trotz erfolgter Maßnahmen des Lan-
des und der Universität, die tatsächlichen Bedarfe nicht ansatzweise decken wird. Die vor-
handenen 1 000 Studienplätze sind bei weitem nicht ausgelastet, neun Professuren nicht
besetzt, zu wenige Absolventinnen und Absolventen verlassen die Universität und beginnen
ihren Dienst im Land Brandenburg. Der Landtag muss zur Kenntnis nehmen, dass wir in
den nächsten Jahren aufgrund der hohen Bedarfe an den Schulen gezwungen sind, zusätz-
lich immer mehr nicht ausgebildete Lehrkräfte berufsbegleitend zu qualifizieren. Die Quali-
fizierung von Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern ist keine Notlösung, sondern wird zur
langfristigen Aufgabe.

Zugleich stellen die aktuellen Zahlen des IQB-Bildungstrends der Bildungspolitik der bran-
denburgischen Landesregierung mit alarmierenden Ergebnissen ein mehr als schlechtes
Zeugnis aus. Brandenburg ist im bundesweiten Ländervergleich mit Abstand der größte Ver-
lierer in den mathematischen und sprachlichen Basiskompetenzen gegenüber der letzten
bundesweiten Erhebung von 2016. Zwischen 20 und 50 % der Brandenburger Kinder ver-
fehlen im Kompetenzvergleich die bundesweit geltenden Mindeststandards beim Lesen und
Zuhören sowie in Orthografie und Mathematik. Die dramatischen Kompetenzverluste beein-
trächtigten die Zukunftschancen der jungen Menschen.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

Die Lehrkräfteausbildung und -fortbildung optimieren

1. Das Bildungsministerium und das Wissenschaftsministerium sollen sofort Gespräche mit der Universität Potsdam aufnehmen und evaluieren, wie der dringend notwendige bedarfsgerechte Ausbau von Lehramtsstudiengängen an der Universität Potsdam zeitnah erreicht und die Studienerfolgsquote erhöht werden kann.
2. In Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam sollen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die Immatrikulationszahlen abzusichern und die Absolventinnen- bzw. Absolventenzahl von mindestens 1 000 pro Jahr zu erreichen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass entsprechend der Lehrermodellrechnung 2022 bedarfsgerecht die Studierendenplätze für die Lehrämter Primarstufe, Sekundarstufe I, Förderpädagogik und berufliches Lehramt vorrangig ausgebaut und besetzt werden. Hierfür ist unter anderem der NC für diese Lehrämter auszusetzen.
3. Bis zum Wintersemester 2023/24 sind besondere Masterstudiengänge (Master of Education) für Fach-Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen zu etablieren.
4. In Absprache mit dem WiB e.V. sind bis zum Wintersemester 2023/24 zusätzliche berufsbegleitende Zertifikatsstudiengänge sowie dringend notwendige Qualifizierungsangebote für Lehrkräfte ohne Hochschulabschluss - insbesondere für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger - einzurichten.
5. Die derzeitigen Kapazitäten des Landlehrerinnen- bzw. Landlehrerstipendiums sind sofort zu erhöhen. Das Stipendium soll zukünftig auch ab dem ersten Bachelorsemester ermöglicht werden.
6. Der Bildungs- und der Wissenschaftsausschuss des Landtages sind über den Stand der Maßnahmen regelmäßig zu informieren.

Den Fokus auf die Primarstufe und auf die frühkindliche Bildung richten

1. Das Bildungsministerium und das Wissenschaftsministerium sollen sofort Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesgruppe Brandenburg des Grundschulverbandes und weiteren Expertinnen und Experten und erfahrenen Praktikerinnen und Praktikern im Primarstufenbereich aufnehmen, um notwendige kurz- und mittelfristige Maßnahmen, zum Beispiel hinsichtlich
 - der Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen der Grundschullehrkräfte,
 - der notwendigen Aufstockung und Verteilung von zusätzlichem Unterstützungspersonal für die Förderung der Schülerinnen und Schüler,
 - der Gestaltung der Stundenkontingenttafel und der Gesamtstunden in der Primarstufe,
 - der Organisation und Unterstützung des Unterrichts,
 - der Überarbeitung des Rahmenlehrplanes,

- der Erarbeitung von Leitlinien zur Erreichung von Mindeststandards,
- notwendiger Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Lehrkräfte,

zu diskutieren, Vorschläge zu erarbeiten und dem zuständigen Fachausschuss zur Beratung vorzulegen. Ziel muss es sein, dass der im Bildungstrend aufgezeigte Negativtrend gestoppt wird. Notwendig ist eine praxisnahe Ursachenforschung die über die Coronapandemie hinausgeht. Gleichzeitig müssen die Lehrkräfte mit geeigneten Maßnahmen unterstützt werden, um die Qualität der Lehr- und Lernprozesse systematisch abzusichern und damit gute Lernbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen. Der Bildungsausschuss des Landtages ist über den aktuellen Stand der Gespräche regelmäßig zu informieren.

2. Das Bildungsministerium setzt die Kitarechtsreform mit hoher Priorität fort, um im überarbeiteten Kitarecht mit einem klar definierten Begriff der frühkindlichen Bildung sowie rechtlich verankerten Qualitätsstandards einen verbindlichen Rahmen zur Sicherung der Qualität der frühkindlichen Bildung zu schaffen. Die Erarbeitung des landesweit geltenden Bildungsplanes sowie die notwendige grundständige Überarbeitung von GOrBiKs I und II (Gemeinsamer Orientierungsrahmen für die Bildung in Kindertagesbetreuung und Grundschule) sind zeitnah fertigzustellen. Der Bildungsausschuss des Landtages ist über den Prozessstand regelmäßig zu informieren.

Die Bildungsqualität als zentrale landespolitische Aufgabe konsequent entwickeln und sichern

1. Das Bildungsministerium beauftragt zeitnah eine wissenschaftliche Expertinnen- bzw. Expertenkommission mit der Erarbeitung eines Gutachtens zur Bildungsqualität in Brandenburg, das Empfehlungen zu mindestens den folgenden Handlungsfeldern beinhalten muss: frühkindliche Bildung, Förderung der sprachlichen und mathematischen Kompetenzen im Unterricht, Entwicklung und Sicherung der Qualität des Unterrichts, Leistungsdiagnostik, Gestaltung von Übergängen im Bildungssystem, Rahmenkonzept „Gemeinsames Lernen“, Rahmenkonzept „Ganztag“, Gestaltung der Lehramtsausbildung, der Ausbildung im Seiteneinstieg sowie der Fort- und Weiterbildung für pädagogische Fachkräfte im gesamten Bildungsbereich. Die Arbeit der Bildungskommission ist durch eine Praxiskommission (bestehend mindestens aus Gremienvertreterinnen und -vertretern, Schulpraktikerinnen und -praktikern, Verbänden und Gewerkschaften) beratend zu begleiten. Das Gutachten ist dem Bildungsausschuss bis spätestens Dezember 2023 vorzulegen.
2. Auf Basis des oben genannten Gutachtens beruft die Landesregierung einen interdisziplinären Qualitätsbeirat für Bildung, der die Umsetzung der Empfehlungen des Gutachtens durch die Landesregierung eng begleitet und den Landtag und die Landesregierung kontinuierlich bei der Erarbeitung weiterer kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität in früher und schulischer Bildung berät. Über die konkrete Zusammensetzung des Qualitätsbeirats sowie dessen Aufträge und Arbeitsergebnisse ist der Bildungsausschuss regelmäßig zu informieren.

Eine Fachkräfteoffensive Bildung starten

1. Das Bildungsministerium erarbeitet bis Ende des ersten Quartals 2023 ein Konzept für eine „Fachkräfteoffensive Bildung“, welches Maßnahmen zur Gewinnung, Bindung und Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte in der frühkindlichen und der schulischen Bildung umfasst. Dabei sind insbesondere Anreizsysteme und Werbemaßnahmen für die Gewinnung und Bindung von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Heil-/Inklusionspädagoginnen -pädagogen zu entwickeln.
2. Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene dafür ein, bundesweite Regelungen für eine schulgeldfreie und vergütete Ausbildung zum Erzieher bzw. zur Erzieherin zu schaffen. Alternativ sind die Möglichkeiten der Ausbildungsvergütung für die schulische Ausbildung über ein Landesprogramm zu prüfen.

Begründung:

Die Verfasser der Studie weisen in den Kommentaren zum IQB-Bildungstrend deutlich darauf hin, dass eine nachhaltige Verbesserung der Bildungsqualität und -wirkung nicht durch temporäre Programme, sondern nur durch kohärente, langfristig angelegte Strategien mit klaren Zielen, konkreten Umsetzungsplänen und einem begleitenden Monitoring erzielt werden kann. Dabei ist insbesondere die frühkindliche Bildung im Elementarbereich in den Fokus zu nehmen. Bereits in der Kita müssen der Erwerb und die Förderung von Deutsch als Bildungssprache sowie die Vorläuferfähigkeiten im Bereich Mathematik gefördert werden.

Der von der Bildungsministerin in Reaktion auf die Ergebnisse vorgelegte „12-Punkte-Plan“ zur Verbesserung der Qualität der Schulen in Brandenburg ist nicht ausreichend. Kaum eine der aufgezeigten Maßnahmen trifft den tatsächlichen Kern des Problems, stärkt konkret die vorhandenen Strukturen, unterstützt die Lehrkräfte vor Ort oder verbessert die Bildungsmöglichkeiten der Kinder.

Notwendig sind sofortige gezielte Maßnahmen zur Sicherung der Mindeststandards, die direkt an den Unterstützungsbedarfen unserer Kinder und Schulen ansetzen. Es ist dringend Zeit, zu reagieren und dabei zugleich weit über die jetzige Legislaturperiode hinauszudenken!